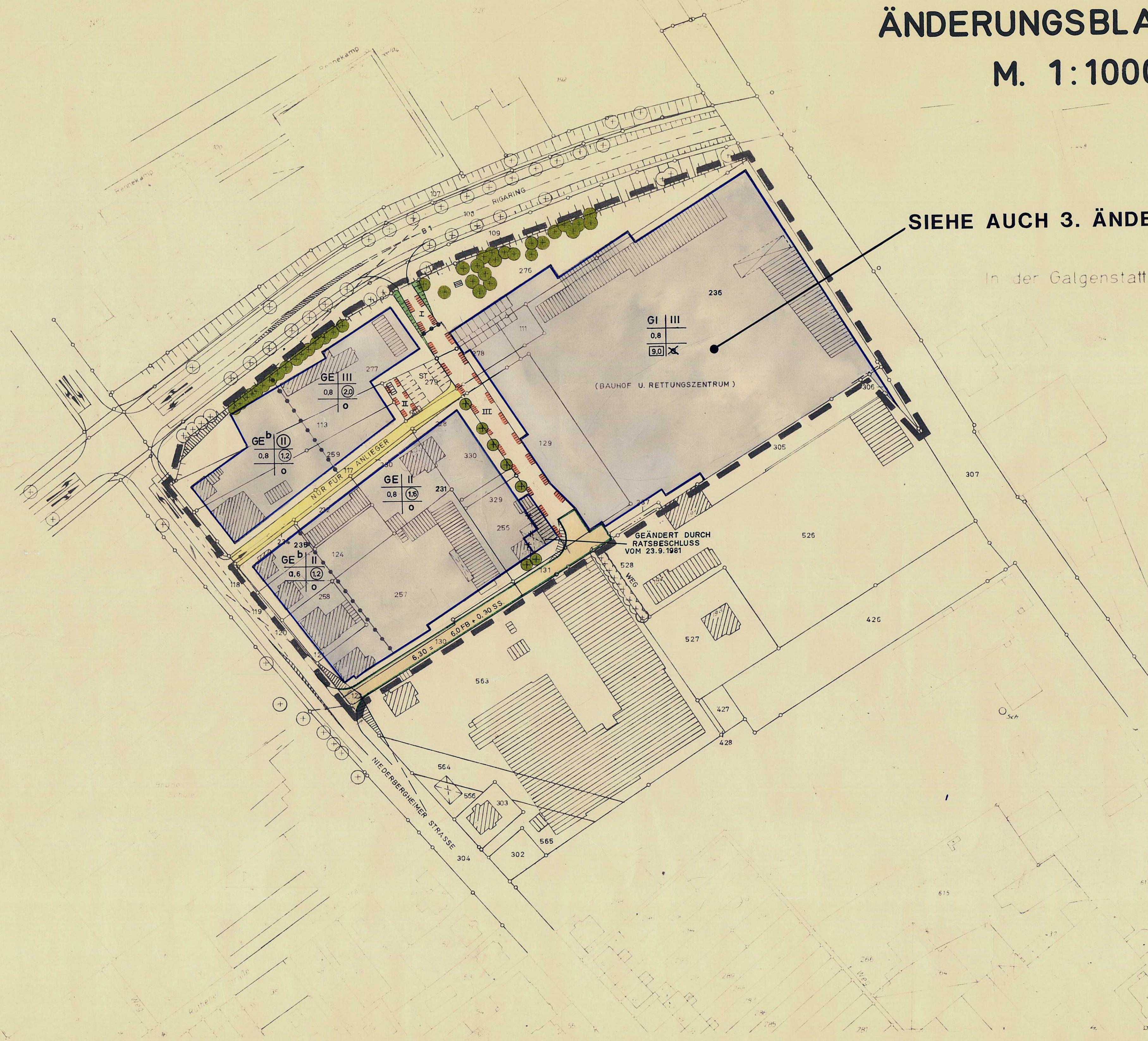


STADT SOEST
BEBAUUNGSPLAN NR.13
ÄNDERUNGSBLATT NR.1
M. 1:1000



SIEHE AUCH 3. ÄNDERUNG

4. Verkehrsflächen gem. § 9 (1) Nr. 11 BBauG
- Straßenbegrenzungslinie
 - Fahrbahn, SCHUTZSTREIFEN
 - Öffentliche Verkehrsfläche nur für Anhänger
 - Zu- und Ausfahrtsverbot
 - Fläche für Stellplätze
5. Geh-, Fahr- und Leitungsrechte gem. § 9 (1) Nr. 21 BBauG
- I Leitungsrechte zugunsten der Stadtwerke und der Deutschen Bundespost, Fahrrecht zugunsten des Rettungszentrums für den Notfall.
 - II Leitungsrechte zugunsten der Stadtwerke und der Deutschen Bundespost, Geh- und Fahrrecht zugunsten der Parzellen 113 und 277.
 - III LEITUNGSRECHTE ZUGUNSTEN DER STADTWERKE UND DER DEUTSCHEN BUNDESPOST, GEH- UND FAHRRECHT ZUGUNSTEN DES BAUHOFFES UND DES RETTUNGSZENTRUMS
6. Bindungen für die Erhaltung von Bäumen gem. § 9 (1) Nr. 25 b BBauG
- Zu erhaltende Bäume
7. Sonstige Festsetzungen
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung gem. § 16 (5) BauNVO
 - Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gem. § 9 (7) BBauG

- B. Nachrichtliche Darstellungen
- Flurstücksgrenze mit Grenzstein
 - vorhandene Bebauung
 - Flurgrenze
 - Böschung

- Präambel
- Aufgrund des
- § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Neufassung vom 19. Dezember 1974 (GV. NW 1975 S. 91), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juli 1978 (GV. NW S. 290/SGV. NW 2032)
- § 2 u. § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Neufassung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256), geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949) in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Neufassung vom 15. September 1977 (BGBl. I S. 1763)
- hat der Rat der Stadt Soest in der Sitzung am 23.9.1981 die planungsrechtlichen Festsetzungen dieses Bebauungsplanes gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen.
- A. Festsetzungen gem. § 9 (1) bis (3) und (7) BBauG
1. Art der baulichen Nutzung gem. § 9 (9) BBauG
- GI Industriegebiete gem. § 9 BauNVO, deren zulässige Nutzung gem. § 1 (2) BauNVO ~~ABS. 4 BAUNVO~~ wie folgt ~~eingeschränkt ist~~ **GEGIEDERT IST:**
Zulässig sind nur öffentliche Betriebe (Bauhof u. Rettungszentrum).
Die in § 9 (3) BauNVO genannten Ausnahmen sind gem. § 1 (6) BauNVO allgemein zulässig.
- GE Gewerbegebiete gem. § 8 BauNVO
Die in § 8 (3) BauNVO genannten Ausnahmen sind gem. § 1 (6) BauNVO allgemein zulässig.
- GEb Gewerbegebiete gem. § 8 BauNVO deren zulässige Nutzung gem. § 1 (2) BauNVO ~~ABS. 4 BAUNVO~~ wie folgt ~~eingeschränkt ist~~ **GEGIEDERT IST:**
Zulässig sind nur Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude sowie Tankstellen.
Die in § 8 (3) BauNVO genannten Ausnahmen sind gem. § 1 (6) BauNVO allgemein zulässig.
2. Maß der baulichen Nutzung
- max. III Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze gem. § 17 (4) BauNVO
- max. II 11 Zahl der Vollgeschosse - zwingend - gem. § 17 (4) BauNVO
- 0,6 0,8 Grundflächenzahl GRZ gem. § 19 BauNVO
- 1,2 1,9 2,1 Geschossflächenzahl GFZ gem. § 20 BauNVO
- 9,0 Baumassenzahl gem. § 21 BauNVO
- o offene Bauweise gem. § 22 (2) BauNVO
- ~~abweichende Bauweise gem. § 23 (1) BauNVO~~
~~Gebäude über 50 m Länge ohne bzw. mit seitlichen Grenzabstand sowie in halboffener Bauweise (einseitiger Grenzabstand) sind zulässig.~~
3. Überbaubare und nichtüberbaubare Grundstücksfläche gem. § 9 (1) Nr. 2 BBauG
- IM GE-GEBIET
IM GI-GEBIET
- Die überbaubare Grundstücksfläche ist der farblich so festgelegte und durch blaue Baugrenzen begrenzte Teil des Baugebietes, auf dem bauliche Anlagen errichtet werden dürfen. Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die im Plan festgesetzte überbaubare Grundstücksfläche in Verbindung mit der Grund- und Geschossflächenzahl sowie Baumassenzahl bestimmt. Garagen müssen einen Abstand von 5,0 m zur öffentlichen Verkehrsfläche einhalten.
- Baugrenze gem. § 23 (3) BauNVO
- Nichtüberbaubare Grundstücksfläche
- Nebenanlagen gem. § 14 (1. u. 2) BauNVO sind zulässig. Garagen sind zulässig sofern sie einen Mindestabstand von 5,0 m bis zur öffentlichen Verkehrsfläche einhalten.
- Sichtwinkel sind von allen sichtbehindernden Anlagen sowie Einfriedigungen, Böschungen und Anpflanzungen über 0,70 m Höhe, von der Fahrbahndecke gemessen, freizuhalten.

ENTWURFBEARBEITUNG UND ANFERTIGUNG IM JAHRE 1981 DURCH DAS STADTPLANUNGSMIT — SOEST —	DIE PLANUNTERLAGE ENTSPRICHT DEN ANFORDERUNGEN DES § 1 DER PLANZEICHENVERORDNUNG VOM 19.1.1965 DIE FESTLEGUNG DER STADTEBAULICHEN PLANUNG IST GEOMETRISCH EINDEUTIG Kreis Soest Der Oberkreisdirektor Soest, den 23.10.81 Kreisdirektor Kreisschreiber Kreisvermessungsamt	DIE AUFSTELLUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 13/1 IST GEM. § 2 (1) BBAUG VOM 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256) DURCH DEN RAT DER STADT SOEST AM 20.8.1980 BESCHLOSSEN WORDEN. BÜRGERMEISTER RATSMITGLIED STADTDIREKTOR	DIESER BEBAUUNGSPLAN MIT BEGRÜNDUNG HAT GEM. § 2a (6) BBAUG FÜR DIE DAUER EINES MONATS AB 21.4.1981 BIS EINSCHLIESSLICH 22.5.1981 ÖFFENTLICH AUSGELEGEN. ORT UND ZEIT DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG SIND AM 9.4.1981 ORTSÜBLICH BEKANNT GEMACHT WORDEN. SOEST, DEN 26.5.1981 STADTDIREKTOR	GEM. § 4 DER GEMEINDEORDNUNG FÜR DAS LAND NW IN DER NEUFASSUNG VOM 19. DEZ. 1974 (GV. NW 1975 S. 91) ZULETZT GEÄNDERT DURCH GESETZ VOM 11. JULI 1978 (GV. NWS. 290/SGV. NW 2023) UND § 10 DES BBAUG IN DER NEUFASSUNG VOM 18. AUG. 1976 (BGBl. I S. 2256) GEÄNDERT DURCH GESETZ VOM 6. JULI 1979 (BGBl. S. 949) HAT DER RAT DER STADT SOEST AM 23.9.1981 DEN BEBAUUNGSPLAN ALS SATZUNG BESCHLOSSEN. BÜRGERMEISTER RATSMITGLIED STADTDIREKTOR 	DER PLANUNGSRECHTLICHE TEIL DIESER BEBAUUNGSPLANES IST GEM. § 11 BBAUG VOM 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256) MIT VERFÜGUNG VOM 21.1.1982 (AZ. 35.2.1-2.4) GENEHMIGT WORDEN. ARNSBERG, DEN 21.1.1982 DER REGIERUNGSPRÄSIDENT IM AUFTRAG 	DIESER MIT VERFÜGUNG VOM 21.1.1982 (AZ. 35.2.1-2.4) GENEHMIGTE BEBAUUNGSPLAN TRITT AM TAGE NACH DER BEKANNTMACHUNG DER GENEHMIGUNG IN DEN SOESTER TAGESZEITUNGEN GEM. § 12 BBAUG VOM 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256) AM 19.2.1982 IN KRAFT UND WIRD RECHTSWIRKSAM. DER BEBAUUNGSPLAN LIEGT WÄHREND DER DIENSTSTUNDEN IM RATHAUS ZUR EINSICHTNAHME ÖFFENTLICH AUS BÜRGERMEISTER
---	--	--	--	---	---	--